

## Synopse

### Sparpaket 2018: Verzicht auf Druck Gesetzessammlung: Änderung des Gesetzes über die Veröffentlichung der Gesetze und das Amtsblatt des Kantons Zug

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 7. März 2017; Vorlage Nr. 2720.2 (Laufnummer 15377)
	<b>Gesetz über die Veröffentlichung der Gesetze und das Amtsblatt des Kantons Zug (Publikationsgesetz)</b>
	<i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i> gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b und § 47 der Kantonsverfassung[BGS <a href="#">111.1</a> ], <i>beschliesst:</i>
	<b>I.</b>
	Gesetz über die Veröffentlichung der Gesetze und das Amtsblatt des Kantons Zug (Publikationsgesetz) vom 29. Januar 1981 <sup>1)</sup> (Stand 10. Mai 2014) wird wie folgt geändert:
<b>Gesetz über die Veröffentlichung der Gesetze und das Amtsblatt des Kantons Zug (Publikationsgesetz)</b>	
vom 29. Januar 1981  (Stand 10. Mai 2014)	
<i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i>	
gestützt auf § 41 Bst. b und § 47 der Kantonsverfassung[BGS <a href="#">111.1</a> ],	gestützt auf <del>§ 41 Bst. b</del> § 41 Abs. 1 Bst. b und § 47 der Kantonsverfassung[BGS <a href="#">111.1</a> ],

<sup>1)</sup> BGS [152.3](#)

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 7. März 2017; Vorlage Nr. 2720.2 (Laufnummer 15377)
<i>beschliesst:</i>	
<p><b>§ 1</b> Grundsatz</p> <p><sup>1</sup> Die Erlasse mit rechtsetzendem Inhalt sind in der chronologisch geordneten «Amtlichen Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Kantons Zug» herauszugeben.</p> <p><sup>2</sup> Die Amtliche Gesetzessammlung bildet die Grundlage für die Herausgabe von systematisch geordneten, bereinigten Gesetzessammlungen und für den Neudruck einzelner Erlasse.</p>	<p><sup>1</sup> Die Erlasse mit rechtsetzendem Inhalt sind in der chronologisch geordneten «Amtlichen Sammlung der Gesetze und <del>Verordnungen der weiteren Erlasse des</del> Kantons Zug» <u>(GS)</u> sowie in der «<u>Bereinigten Gesetzessammlung</u>» (BGS) herauszugeben.</p> <p><sup>2</sup> <i>Aufgehoben.</i></p>
<p><b>§ 3</b> Nicht aufzunehmende Erlasse</p> <p><sup>1</sup> In die Amtliche Gesetzessammlung sind nicht aufzunehmen:</p> <p>a) nicht allgemeinverbindliche Erlasse, wie Pflichtenhefte, verwaltungsinterne Richtlinien, Reglemente und Weisungen sowie Lehrpläne;</p> <p>b) Beschlüsse über Voranschlag, Steuerfuss und Staatsrechnung;</p> <p>c) Ausgabenbeschlüsse ohne allgemeinverbindliche Bestimmungen;</p> <p>d) Beschlüsse über die Genehmigung von Erlassen der Gemeinden oder anderer Körperschaften;</p> <p>e) Verwaltungsakte im Einzelfall;</p> <p>f) Erlasse, die auf Grund besonderer Vorschriften auf anderem Wege zu veröffentlichen sind;</p> <p>g) Erlasse, die im höheren Landesinteresse geheimzuhalten sind.</p>	<p><sup>1</sup> In die <del>Amtliche Gesetzessammlung</del> <u>GS und BGS</u> sind nicht aufzunehmen:</p>
<p><b>§ 4</b> Ausnahmen</p>	

Geltendes Recht	<b>[M09] Antrag des Regierungsrats vom 7. März 2017; Vorlage Nr. 2720.2 (Laufnummer 15377)</b>
<sup>1</sup> Sofern hierfür ein besonderes Interesse besteht, können auch in § 3 ausgenommene Erlasse in die Amtliche Gesetzessammlung aufgenommen werden.	<sup>1</sup> Sofern <del>hierfür</del> ein besonderes Interesse besteht, können auch in § 3 ausgenommene Erlasse in die <del>Amtliche Gesetzessammlung</del> <u>GS und BGS</u> aufgenommen werden.
<p><b>§ 5</b> Herausgabe</p> <p><sup>1</sup> Die Staatskanzlei gibt die Amtliche Gesetzessammlung heraus und führt die Register.</p>	<p><sup>1</sup> Die Staatskanzlei gibt die <del>Amtliche Gesetzessammlung</del> <u>GS und die BGS in elektronischer Form</u> heraus und führt die Register. <u>Auf Verlangen werden die Erlasse gegen Gebühr gedruckt abgegeben.</u></p> <p><sup>2</sup> Die Staatskanzlei hat die Unveränderbarkeit der rechtsgültig publizierten GS und BGS durch geeignete Massnahmen sicherzustellen.</p> <p><sup>3</sup> Die beiden Sammlungen (GS und BGS) sind gleichwertig.</p>
	<p><b>§ 5a</b> Formelle Berichtigung</p> <p><sup>1</sup> Die Staatskanzlei berichtigt in der GS und BGS sinnverändernde Fehler und Formulierungen, die nicht dem Beschluss des erlassenden Organs entsprechen.</p> <p><sup>2</sup> Sinnverändernde Fehler und Formulierungen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Grammatik-, Rechtschreib- und Darstellungsfehler;</li> <li>b) falsche Zahlen und Nummerierungen;</li> <li>c) falsche Verweise;</li> <li>d) terminologische Unstimmigkeiten.</li> </ul> <p><sup>3</sup> Formelle Berichtigungen an der Verfassung des Kantons Zug sowie an Gesetzen und Beschlüssen des Kantonsrats erfolgen nach den Vorgaben des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats[BGS <a href="#">141.1</a>].</p>
	<p><b>II.</b></p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 7. März 2017; Vorlage Nr. 2720.2 (Laufnummer 15377)
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>
	<b>III.</b>
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	<b>IV.</b>
	Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 34 der Kantonsverfassung. Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten. [Inkrafttreten am ...]
	<p>Zug, ...</p> <p>Kantonsrat des Kantons Zug</p> <p>Der Präsident Daniel Thomas Burch</p> <p>Der Landschreiber Tobias Moser</p> <p>Publiziert im Amtsblatt vom ...</p>